

STADTTEILE

„Rendsburger Platz“ mit Tempo 30

BV Mülheim fordert zügige Sanierung der Straßenbelags und einen Kreisel

Von DIERK HIMSTEDT

MÜLHEIM. Die Einführung von „Tempo 30“ in der Straße „Rendsburger Platz“ zwischen Pfälzischem Ring und Bertoldistraße – so lautete die Forderung der Bezirkspolitiker, die sich auf ihrer jüngsten Sitzung einstimmig dafür aussprachen. Zur Begründung gaben die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag die derzeit erheblichen Belastungen für die Anwohner durch den umgeleiteten Lkw-Verkehr aufgrund der Sperrung der Zoobrücke für Schwerlasten an.

Des Weiteren beschlossen die Fraktionen im Stadtteilparlament, dass die Verwaltung schon jetzt die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellt, die für die geplante Sanierung des Straßenbelags sowie die Errichtung des Kreisels auf der Straße „Rendsburger Platz“ notwendig seien.

Auch mit den Planungsverfahren der Maßnahmen solle jetzt schon begonnen werden, damit direkt im Anschluss an die jetzt anstehenden Kanalarbeiten und nach der Wiederfreigabe der Zoobrücke für die 30-Tonner-Lkws die bereits stark beschädigte Straße saniert und umgebaut werden könne.

Die während der Sitzung anwesenden Anwohner vom Rendsburger Platz waren zwar grundsätzlich einverstanden mit den Maßnahmen, die die Lokalpolitiker beschlossen hatten, gaben sich damit aber nicht zufrieden. Weil die Umsetzung der Beschlüsse die aktuellen starken Belastungen durch den durchfahrenden Lkw-Schwerlastverkehr nicht entscheidend mindern könnten. „Unser Motto ist und bleibt: Jeder weitere Tag ist ein Tag zu viel“, sagte Pietro Colianni auf Nachfrage. Er ist Mitglied der Protestbewegung, die in den letzten Wochen aufgrund der Verschlechterung der Wohnqualität durch den verstärkten



Eng und laut wird es, wenn die 30-Tonnen-Schwerlasten anstatt über die Zoobrücke über den Rendsburger Platz fahren. (Foto: Himstedt)

Lkw-Verkehr am Rendsburger Platz ins Leben gerufen wurde.

Anfang Februar demonstrierten die Anwohner mit einer Plakataktion gegen die momentanen Zustände. Dazu befestigten sie ein Schriftzugbanner an der Hauswand, auf dem sie die sofortige Einrichtung von „Tempo 30“ forderten und ihrem Ärger gegenüber der „tatenlosen Verwaltung“ Luft machten. „Uns ist mittlerweile klar, dass wir einen langen Atem brauchen und unsere Probleme nicht delegieren dürfen, sondern selbst die Initiative behalten müssen“, zeigten sich Colianni und seine Mitstreiter kämpferisch.

VERWALTUNG NIMMT STELLUNG

Antworten der Verwaltung in der Bezirksvertretung auf Fragen der CDU-Fraktion:

Finden **Verkehrsüberwachungen** zur Unterbindung unbotmäßiger Lkw-Fahrten statt? Die Verkehrsüberwachung fällt ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Polizei, so dass wir über durchgeführte Kontrollen keine detaillierten Mitteilungen machen können.

Wie sollen die Lkw in den nächsten Jahren geführt werden, wenn sich der **Abschluss der Sanierungen der Zoobrücke** und ihrer Zufahrts-

straßen über das Jahr 2014 hinauszieht? Es ist vorgesehen, die schon eingerichteten Umleitungsstrecken aufrechtzuerhalten.

Wie bewertet die Verwaltung den zu erwartenden Verkehrsfluss ab dem vorgesehenen **Baubeginn** zur Neugestaltung von der **Waldecker Straße**? Dadurch werden sich die Verkehrsströme verlagern. Der Schwerlastverkehr wird dann auf die Umleitungsstrecke der Waldecker Straße, sprich Heidelberger Straße, Kalkmülheimer Straße und Wipperführter Straße, ausweichen.

Wird die neue **Straßendecke der Waldecker Straße** nicht über Gebühr belastet, wenn noch mehrere Jahre der Lkw-Umleitungsverkehr von der Zoobrücke über diese geführt wird? Die neue Waldecker Straße ist auch für den zusätzlichen Lkw-Verkehr ausgelegt.

Welche Abstimmungen nimmt die Stadt mit den Herstellern von **Navigationssoftware** und Landkarten vor, um Änderungen in der Verkehrsführung zu übermitteln? Grundlegende Änderungen werden den Herstellern von Navigationssoftware in regelmäßigen Abständen zur Verfügung gestellt.

KOMMENTAR



Überfällig

DIERK HIMSTEDT
zum Rendsburger Platz

Die Verwaltung ist für die Bürger der Stadt da, und ihre Planung sollte so ausgerichtet sein, dass sie möglichst zum Wohle aller erfolgt. Klar ist dabei natürlich auch, dass in einer Großstadt wie Köln die Einwohner einiges an Umweltbelastung wie Lärm, Abgase und erhöhtes Verkehrsaufkommen hinnehmen müssen.

Was allerdings seit einigen Wochen und Monaten die Anwohner am Rendsburger Platz erleben, geht dann doch über solche zu akzeptierenden Unannehmlichkeiten hinaus. Wer diese Straße kennt, an der unter anderem eine Schule liegt, kann im Grunde aufgrund der vorhandenen Breite und Fahrbahnbeschaffenheit nicht hinnehmen, dass dort täglich in kurzen Abständen Schwerlasten Richtung Autobahnzufahrt Waldecker Straße durchfahren. Den Anwohnern ist daher nicht zu verdenken, dass sie die Nase gehörig voll von solchen Belastungen haben.

Die Stadt ist deshalb gefordert, Alternativen zu prüfen. Plattitüden und die Hoffnung, dass die Anwohner die Zustände hinnehmen, helfen nicht weiter. Warum lässt sich der Lkw-Verkehr nicht über den Clevischen Ring und die Auffahrt Mülheim zur A 3 führen? Die Antwort auf diese Frage blieb die Verwaltung bisher schuldig. Die Bürger haben aber einen Anspruch darauf, zu erfahren, was geht und was nicht. Wenn Anwohner auf die Straße gehen oder eine Initiative gründen, weil sie sich von der Verwaltung und Politik im Stich gelassen fühlen, sollte dies Warnsignal genug sein. Eine Reaktion ist überfällig.

Ihre Meinung an: koeln@kr-redaktion.de

INTERVIEW



Belastung hat unerträgliches Level erreicht

Pietro Colianni ist Mitbegründer der Bürgerinitiative gegen den Lkw-Schwerlastverkehr, der seit der Sperrung der Zoobrücken auffahren verstärkt durch den Rendsburger Platz fahren. Über die aktuelle Situation im Stadtteil sprach mit ihm Dierk Himstedt.

Hat Ihr Protest, den sie vor zwei Wochen mit Hauswand-Plakaten sichtbar gemacht haben, schon irgendetwas gebracht?

Bisher nicht wirklich. Es ist dann auch eher für uns selbst ein wirk-

sames Mittel. Denn solche öffentlichen Aktionen schweißen zusammen. Eine Reaktion seitens der Stadt konnten wir dann doch bemerken: Sie haben nach der letzten Sitzung der Bezirksvertretung, die wir demonstrativ raus verlassen haben, die größten Löcher in der Fahrbahndecke flicken lassen. Das war allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was beklagen Sie an der aktuellen Situation am meisten? Insbesondere die Lärm- und

Staubbelastungen haben unserer Meinung nach ein Level erreicht, das gesundheitsgefährdend ist. Bis in den zweiten Stock hinein können Sie die Vibrationen deutlich spüren – vor allem wenn die Lkw Leerfahrten mit Anhänger haben. Und den Feinstaub können Sie regelmäßig auf unseren Balkonen sehen.

Gibt es denn schon Anwohner, die sichtlich unter den Belastungen leiden?

Grundsätzlich leiden wir alle. Aber vor allem ein Mitbewohner,

der mit seiner Familie im Erdgeschoss wohnt und Schichtarbeiter ist, leidet mittlerweile und erheblichen Schlafstörungen, weil er zu den Hauptdurchfahrzeiten nicht zur Ruhe kommen kann. Im Sommer, wenn es heiß ist und die Fenster geöffnet werden müssen, wird sich dieses Problem für alle noch verstärken.

Gibt es noch ein weiteres Thema, das für Sie relevant ist?

Das Thema ‚Sicherheit‘ gehört auf jeden Fall dazu. Am Rendsburger Platz liegt eine Schule.

Schüler und auch ältere Menschen werden durch den unübersichtlichen starken Lkw-Verkehr unnötig in größere Gefahrensituationen gebracht. Soll vielleicht erst etwas passieren, bevor man bei der Stadt reagiert!?

Was sind Ihre Forderungen?

Um schnell etwas zu erreichen, könnte man die Attraktivität, beziehungsweise die Möglichkeit der Durchfahrt für die schweren Lkw mindern, zum Beispiel durch den Bau eines Kreisels.

Das würde dann auch in den Navigationssystemen der Lkws angezeigt, was unter anderem dazu führen würde, dass diese Strecke gar nicht mehr als Durchfahrtsstraße für den Lkw-Verkehr angezeigt würde.

Wie wollen sie nun weiter vorgehen, um Ihre Forderungen durchzusetzen?

Wir werden gegen die Stadt klagen. Dazu sind wir fest entschlossen. Erste Kontakte zu einigen möglichen Anwälten gibt es schon.

Am Kalkweg wird es keinen Zebrastreifen geben

Verwaltung lehnt entsprechenden Vorstoß der Bezirksvertretung ab – sieht aber erhöhtes Risiko für Fußgänger

DELLBRÜCK. Die Verwaltung lehnt die Beauftragung zur Einrichtung eines Zebrastreifens auf dem Kalkweg in unmittelbarer Nähe zum Parkplatz „Höhenfelder See“ ab, da sich dieser Bereich der Straße

außerhalb eines örtlichen Bereichs gemäß der Straßenverkehrsordnung befindet.

In ihrer Antwort auf die von der Bezirksvertretung beschlossene Anfrage auf Prüfung des Sachverhalts räumte

sie jedoch ein, dass insbesondere die Überquerung oberhalb des Straßenknicks wegen der geringen Sicht ein erhöhtes Risiko berge. Da einer umfassenden Rodung der die Sicht versperrenden Bäume

nicht in Frage komme, verwies die Verwaltung auf die in zumutbarer Entfernung liegende Querungshilfe, die die Überquerung des Kalkweges gefahrlos ermögliche. Im Vorfeld hatten Bezirksvertreter der

Grünen auf die Möglichkeit einer Brücke über den Kalkweg in Höhe des Parkplatzes hingewiesen, da ansonsten das Risiko steige, dass die zahlreichen Hundebesitzer und Spaziergänger an dieser Stelle durch

einen Unfall zu Schaden kommen. Es habe sich gezeigt, so die Bezirksvertreter der Grünen-Fraktion, dass an dieser Stelle viele Autofahrer die erlaubte Höchstgeschwindigkeiten überschreiten. (dhi)